

Gesetzgebung

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Der schweizerische Republikaner**

Band (Jahr): **3 (1799)**

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der schweizerische Republikaner

herausgegeben

von Escher und Usteri,

Mitgliedern der gesetzgebenden Rthe der helvetischen Republik.

Band III.

Supplement No. I. Bern, den 6. Aug. 1799. (19. Thermidor VII.)

Gesetzgebung.

Senat, 28. Juni.

(Fortsetzung.)

(Beschluss von Usteri's Ordnungsmotion.)

BB. Repräsentanten! Der Senat bildet nur einen Theil der Gesetzgebung, und die Arbeiten des grossen Rathes müssen den unsern vorgehen; wir dürfen nicht zweifeln, dass der Patriotismus der Mitglieder des grossen Rathes unangefodert und ungesäumt zu derjenigen zweckmässigen Thätigkeit zurückkehren werde, die die Unbill der Zeiten einigermaassen unterbrochen zu haben scheint. Aber wir, BB. Senatoren, wollen auf jeden Fall von allem dem nichts versäumen, was von uns abhängt. Ich trage darauf an, dass wir ungesäumt unsere Constitutions-Revisionsarbeiten erdffnen.

Zu dem Ende schlage ich Euch vor, Eure bestehende Revisionscommission, oder wann Ihr lieber wollt, eine besondere, weniger zahlreiche Commission zu beauftragen, Euch in 6 Tagen einen Bericht vorzulegen, über die Weise wie unter den gegenwärtigen Umständen unsere Revisionsarbeit am zweckmässigsten angefangen werden könne.

Zu diesem letztern Vorschlage werde ich durch eine Idee geleitet, die nicht mir angehört, sondern unserm Collegen, dem B. Lüthi v. Sol., der mir sie vor einigen Tagen mittheilte. — Es fragt sich nemlich, ob es nicht rathsam seyn dürfte, ehe die grosse und weitläufige Arbeit der Revision der gesamten Constitution vorgenommen wird, gewisse einzelne Abänderungs-Vorschläge, die durch die lauteste und allgemeinste Stimme der Nation von dem Augenblick an, wo die Constitution bekannt ward, sind verlangt worden, in Berathung zu nehmen; gewisse Punkte, die ich die schreiendsten Gebrechen unsrer Constitution zu nennen, ohne mich ungerne auszusprechen, wagen darf, — weil leicht die einmthige Stimme aller denkenden und vernunftigen Menschen gegen sie ist. Ich rechne dahin, z. B. die allen Menschenverstand em-

pfindende Ausschliessung der Hälfte der Rthe durch das Loos von der Wahl der Direktoren; die Abhängigkeit des Nationalschatzamtes vom Direktorium; den Eintritt der Exdirektoren in den Senat, obgleich uns die Erfahrung zu zeigen scheint, dass es auch jetzt Mittel gegen diesen giebt; — und andere Gegenstände, die ich hier nicht berühren will.

BB. Repräsentanten! Wenn über eine Anzahl solcher von jedermann gewünschten Abänderungen sich die Gesetzgebung einmüthig erklären würde, sollte dann etwas Strafbares in der Hoffnung liegen, die ich Euch nicht bergen will — dass solche Hauptgebrechen unsrer Verfassung und Haupthindernisse für einen glücklichen Gang der öffentlichen Angelegenheiten — ehe 5 Jahre werden verflossen seyn, dem Volke, welches sie wünscht, zur Annahme können vorgelegt werden.

Doch um diese Frage ist es jetzt nicht zu thun. Ich wiederhole meinen Antrag, Ihr wchtet eine Commission beauftragen, Euch in 6 Tagen einen Vorschlag zu machen, wie und worüber zuerst Eure alsdann sogleich anhebenden Constitutions-Revisionsarbeiten erdffnet werden sollen.

Die Urgenz des Antrages wird erklärt.

Meyer v. Arau stimmt zu dem Antrag und zu der Commission; er wünscht besonders, dass anstatt nur alle 5 Jahre, jedes Jahr Abänderungen in der Constitution vorgenommen werden könnten.

La fache re wünscht Rückweisung an die Revisionscommission der Constitution. Dies wird beschlossen; die Commission soll nach Usteri's Antrag in 6 Tagen berichten.

Der Beschluss wird verlesen, der das Direktorium bevollmächtigt, zu Verlesung der Auslagen diejenigen Bürger in Requisition zu setzen, deren Thätigkeit, Einsichten und Redlichkeit sie zu dieser Verrichtung geschickt machen.

Usteri: Es ist schmerzhaft, aus der Bottschaft des Direktoriums, die diesen Beschluss veranlasste, zu sehen, dass zu öffentlichen Aemtern fähige Bürger, ihre Dienste dem Vaterland, und zwar besonders gegenwärtig, da es sich in Gefahr befindet, versagen;

könnte ich in dem Beschluß ein wirksames Mittel dagegen sehen, so würde ich ihn gern annehmen: allein ich finde jenes auf keine Weise. Um dem Uebel zu helfen, muß man seine Ursachen kennen; das Direktorium giebt uns drei verschiedene an; es behauptet, böser Wille, Egoismus, Furchtsamkeit und Schwäche seyen die Gründe der Weigerung Stellen anzunehmen; nun frage ich, wie sollen die Requisitionen hiegegen helfen? Will man den bösen Willen in Requisition setzen? dadurch möchten wir übel berathen werden, und die Stellen blieben wohl besser ganz unbesetzt; den Egoismus? er sieht nur sich und sorgt nur für sich; zu öffentlichen Aemtern gezwungen, wird er ein schlechter, ein nachlässiger, ein unthätiger Beamter seyn; den Schwachen endlich und Furchtsamen? täglich ruft man uns, man soll keine solche Leute anstellen; man bedürfe jetzt energische, kraftvolle, unerschrocken thätige Männer. Also wenn die vom Direktorium uns angegebenen Ursachen des Uebels richtig sind, so wird das vorgeschlagene Hülfsmittel wenig Gutes stiften; und ich sehe nicht, wie man thätige, einsichtsvolle und redliche Beamte aus jenen drei Klassen erhalten kann; die thätigen, einsichtsvollen und redlichen Bürger, sind auch gute Bürger, und werden als solche dem Ruf des Vaterlands ungezwungen folgen. Man suche sie auf, und mir ist nicht erwiesen, daß man dieß schon hinlänglich gethan hat. Ich verwerfe den Beschluß.

Lafschere glaubt, nicht alle fähigen und redlichen Bürger seyen darum auch immer bereit dem Rufe des Vaterlands zu folgen; viele thun es nicht aus menschlicher Schwachheit und Furchtsamkeit, gegen die sie durch in Requisitionsetzung gestählt werden; er nimmt den Beschluß an.

Crauer kann nicht sogleich zur Annahme stimmen; es ist doch sehr gefährlich, dem Direktorium unbedingt zu überlassen, jeden beliebigen Bürger aus seinen Verhältnissen herauszureißen und in Requisition zu setzen; er verlangt eine Commission, die sich nähere Erkundigungen verschaffe. Bodmer will sogleich annehmen.

Die Commission wird beschlossen; sie besteht aus den BB. Pfaffer, Ziegler und Crauer, sie soll morgen berichten.

Der Beschluß wird verlesen und angenommen, der die von dem Direktorium mit dem B. Theodor Megnet von Altorf, Kapuziner von Appenzell, der sein Kloster verlassen will, getroffene Uebereinkunft, einer Aussteuer von 480 Franken, genehmigt.

Der Beschluß, der dem B. Christ. Bühler seiner verstorbenen Frauen Schwester Tochter heirathen zu dürfen erlaubt, wird verlesen.

Lütthi v. Sol. spricht gegen die Dringlichkeit und gegen das Individuelle in dieser gesetzlichen Verfügung. Schwaller will eine Commission, die in

6 Tagen berichte. Lütthi v. Langn. will nicht wieder solche individuelle Gesetze eröffnen.

Die Dringlichkeit wird verworfen.

Der Beschluß wird verlesen, der dem B. Jost Hörler die Erlaubniß ertheilt, die Nichte seiner verstorbenen Frau zu heirathen.

Lütthi v. Sol. will auch hier zu keinem individuellen Gesetze Hand geben, und verlangt auch diesmal die Verwerfung der Dringlichkeit.

(Die Fortsetzung folgt.)

Fürst, Stauffacher und Melchthal an die
Bürger Reubel, Napinat und Comp.

Dritter Brief,

(Uebersetzt aus dem Journal des hommes libres N. 12.
Mellidor VII.)

Kein scheußlicher Machtpruch aus ein paar Valslästen in Paris kann länger die Stimme der Völker zurückhalten, die durch eure Unthaten bedrückt, erschöpft und vernichtet werden.

Hörde elender Räuber, schamlose Despoten, ihr sollt nicht länger zwischen der grossen Nation und zwischen uns inne stehen! Lange und allzulange habt ihr uns versichert, es geschehe im Namen des großmüthigsten aller Völker, daß ihr uns mißhandelt; länger wird niemand von den schönen Tugendnamen, mit denen ihr eure Verbrechen schmückt, sich täuschen oder betriegen lassen.

Um diese Zusicherungen in Erfüllung zu bringen, wird es hinlänglich seyn, daß wir das merkwürdigste der officiellen Aktenstücke, deren Auszüge wir ankündigten, bekannt machen. Rechtschaffne Männer aller Länder, leset und urtheilet!

N o t e

von dem bevollmächtigten Minister der helvetischen Republik, B. Zeltner, am 20. Mai 1798, dem Minister der auswärtigen Verhältnisse, B. Talleyrand, übergeben; nebst den Anmerkungen die der Direktor Reubel eigenhändig dazu niederschrieb.

(1) „Der bevollmächtigte Minister der helvetischen Republik erfüllt die erste und süßeste der ihm von seinen Committenten bei seiner Sendung an das Vollziehungsdirektorium der französischen Republik aufgetragenen